

Sicherheit zuerst: Vorarlbergs Kampf gegen das Atommüll-Endlager

Vorarlbergs Spitzenpolitiker äußern Bedenken gegen das geplante Atom-Endlager in der Schweiz. Sie fordern höchste Sicherheitsstandards und grenzüberschreitende Umweltprüfungen.

In einer aktuellen Mitteilung haben der Landeshauptmann Markus Wallner und der Umwelt-Landesrat Christian Gantner, beide von der ÖVP, ihre Besorgnis über die Pläne für ein Atommüll-Endlager im schweizerischen Gebiet „Nördlich Lägern“ geäußert. Laut diesen Plänen soll das Endlager etwa 100 Kilometer von der Grenze zu Vorarlberg entfernt entstehen. Wallner und Gantner betonen, dass der Schutz der Bevölkerung sowie die Sorge um Natur und Umwelt an erster Stelle stehen müssen.

Besonders die strengen Sicherheitsanforderungen und die Umweltverträglichkeit des Projekts sind für die Vorarlberger Landesregierung von großer Bedeutung. „Die Risiken, die von Atomkraftwerken ausgehen, sind für Vorarlberg, insbesondere in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schweiz, unverantwortlich“, so die beiden Politiker. Die Überzeugung einer antinuklearen Haltung in Vorarlberg sei zudem fest in der Verfassung verankert.

Sicherheitsstandards und Umweltverträglichkeitsprüfung

Wallner und Gantner fordern die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards und die Umsetzung einer

grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung für das Atommüll-Endlager. Das Land Vorarlberg ist seit Jahren in den Planungsprozess für das geologische Tiefenlager involviert und hat dabei auch spezifische Bedenken und Forderungen gegenüber den Schweizer Behörden eingebracht.

Der Dialog mit der Schweiz soll fortgesetzt werden, und Gantner plant, ein Schreiben an das Bundesamt für Energie in Bern zu richten. In ihrer Mitteilung, die auch auf die entschlossene Haltung Vorarlbergs hinweist, zeigen Wallner und Gantner sich optimistisch und engagiert in der Sache: „Wir werden uns weiterhin aktiv und mit Nachdruck für einen grenzübergreifenden Beteiligungsprozess einsetzen.“ Die Sorge um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit der Atomkraft bleibt ein zentrales Anliegen der Vorarlberger Landesregierung, wie www.vilan24.ch berichtet.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at